



ALTERSSTRUKTUR

Altersstrukturprobleme der Polizei sind nicht mehr zu verheimlichen

GdP: Jetzt hätten wir die letzte Chance, korrigierend einzugreifen! – Von Josef Schneider, GdP-Landesvorsitzender

Seit vielen Jahren – schon länger als eine ganze Dekade – zeigen wir von der GdP ein drängendes Problem der baden-württembergischen Polizei auf. Immer wieder haben wir darauf aufmerksam gemacht, dass die Altersstruktur der Polizei so deformiert ist, dass vorausschauende Maßnahmen in der Personalentwicklung dringend erforderlich sind, um zum einen die Qualität der polizeilichen Ausbildung zu halten und zum anderen aber auch, um den langfristigen Erhalt der polizeilichen Ausbildungsdienststellen sicherzustellen.

Das Problem ist kurz zu beschreiben. Ca. 10 000 der 24 500 baden-württembergischen Polizeibeamtinnen und -beamten wurden in den Jahren von 1953 bis 1963 geboren. Innerhalb von zehn Jahren gehen also ca. 10 000 Polizeibeamtinnen und -beamten in den Ruhestand. Daran ändern auch die Pläne, das Eintrittsalter in den Ruhestand zu erhöhen, nichts. Das Problem wird dann nur mit einer zeitlichen Verzögerung eintreten. Dann müssen in diesen zehn Jahren 10.000 qualifizierte Menschen für die Polizei gefunden werden.

GdP-Vorschläge

Wir haben in Kenntnis aller Fakten auch schon unzählige Male Vorschläge zur Lösung des Problems auf den Tisch gelegt. Bisher immer ohne den gewünschten Erfolg. Vielleicht war die Mauer, auf die wir zurasen, noch zu weit entfernt? Jetzt steht der Aufprall aber unmittelbar bevor, wenn er nicht gar schon irreparabel erfolgt ist. Niemand hat sich bisher wohl ernsthaft damit auseinandergesetzt. Unsere Vorschläge wurden immer gleich mit dem Argument, dass dafür

das Geld fehlen würde, vom Tisch gewischt. Niemand soll eines Tages aber behaupten dürfen, er habe von diesem Problem nichts gewusst. Wir haben schon Ende des letzten Jahrhunderts dazu alle (damaligen) Abgeordneten des Landtags schriftlich darüber informiert. Wir haben auch immer wieder im Rahmen unserer Möglichkeiten mehr Ausbildungsstellen und eine vorausschauende Personalplanung gefordert.

Endlich Geld in die Hand nehmen!

Ohne die (temporäre) Schaffung zusätzlicher „kw-Stellen“ ist das Problem nicht lösbar. Man muss also heute „Geld in die Hand nehmen“, wenn man die hohe Qualität der inneren Sicherheit im Land auf Dauer sichern will. Langfristig würde dies durch die kontinuierlich gleiche Auslastung der Ausbildungsdienststellen neben den gewünschten Strukturverbesserungen auch zu Einsparungen führen. Heute gibt es noch genügend qualifizierte junge Menschen, die gerne zur Polizei kommen würden. Ob dies in einigen Jahren – nämlich dann, wenn wir



Josef Schneider

die Einstellungen wieder auf über 1000 hochfahren müssen – noch der Fall sein wird, bezweifeln alle Fachleute.

Lösungen fallen nicht vom Himmel

Wenn man unseren Innenminister zu diesem und anderen Themen hört, dann glaubt man immer, die Entscheidungen, nach denen sich er und sein Haus richten müssen, seien „vom Himmel gefallen“. Aus den Regierungsfractionen ist zur Lösung der problematischen Altersstruktur der Polizei in Baden-Württemberg auch nichts zu hören. Das Problem wird einfach totgeschwiegen, obwohl auch dort alle Fakten bekannt sind.

Projektbericht vorgelegt

Wir haben Herrn Innenminister Rech und allen Polizeispre-

chern im Land den Projektbericht zur Altersstruktur der Polizei in NRW übersandt. Eine Schlussfolgerung dieses Berichts ist die Erkenntnis, dass immer jüngere und immer gewalttätigere Menschen immer älteren Polizistinnen und Polizisten das Leben schwer machen. Auch die PKS des Landes Baden-Württemberg weist nach den Worten unseres Innenministers die höchste Zahl von Fällen seit zehn Jahren auf, in denen Polizeibeamtinnen und -beamte bei der Vornahme von Amtshandlungen gewalttätig angegriffen wurden. Wie will man dieser Entwicklung mit immer weniger Beamtinnen und Beamten Herr werden? Diese Frage interessiert uns schon. Die Intensivierung des Gesundheits- und Präventionssports und die Einführung flexibler Arbeitszeitmodelle im Wechselschichtdienst – wie vom Innenminister in einem Antwortschreiben an die GdP vorgeschlagen – werden dafür nicht ausreichen.

Steuereinnahmen sprudeln!

Wie das Statistische Landesamt Baden-Württemberg im Februar 2006 mitgeteilt hat, sind die kassenmäßigen Steuereinnahmen des Landes im Jahr 2006 um 8 Prozent gestiegen. Noch deutlicher sind die Steuereinnahmen im ersten Vierteljahr 2007 gestiegen. Alles in allem eine erfreuliche Entwicklung für unseren Finanzminister. Dies auch deshalb, weil die Landesregie-

Fortsetzung auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

zung mit der Vereinbarung über die Entwicklung der Beamtenbe-
soldung im November 2006 mit
den Gewerkschaften noch ein-
mal ein Sparpaket geschnürt hat.
Die Beamtinnen und Beamten,
darunter natürlich auch alle Poli-
zistinnen und Polizisten, haben in
den letzten Jahren durch Ein-
kommensverzicht einen erheblichen
Sparbeitrag zugunsten des
Landes entrichten müssen.

Ausbildungsoffensive für die Polizei gefordert!

Wir fordern deshalb eine
„Ausbildungsoffensive“ für die
Polizei, die einer Überalterung
entgegenwirken soll. Unter
Berücksichtigung der verbesserten
finanziellen Situation böte

sich jetzt die letzte Chance, kor-
rigierend in die Altersstruktur
der Polizei einzugreifen. Dafür
müsste der beschlossene Stel-
lenabbau jedoch so lange ausge-
setzt werden, bis die geburten-
starken Jahrgänge in Pension ge-
hen. Hierzu brauchen wir mehr
Ausbildungsstellen, ggf. auch
„echte“ Stellen, die durch „kw-
Vermerke“ nach einem am Al-
tersaufbau der Polizei orientier-
ten Plan wieder abgebaut wer-
den könnten. Es soll niemand
behaupten, dass das Geld dafür
nicht vorhanden sei. Wer nach
wie vor für die neuen Steuer-
ungsinstrumente und den frei-
willigen Polizeidienst „Geld
zum Fenster rausschmeißt“, wer
ein neues Regierungsviertel in
Stuttgart plant, der sollte sich zu-
mindest eine andere Ausrede
einfallen lassen.

Wenn man aber kurzfristig
nicht handelt, dann werden sich
die Leistungsträger an der poli-

zeilichen Basis mehr und mehr
verabschieden. Die Krankheits-
quote wird steigen.

Stellenreduzierung bei den Basisorganisationsein- heiten ist vorhersehbar!

Der geplante Stellenabbau
durch Arbeitszeitverlängerung,
Auflösung WKD und Um-
schichtung zum LKA wird zu

einer weiteren Reduzierung bei
den Basisorganisationsein-
heiten führen. Die direkten und
spürbaren Auswirkungen auf
die Bürgerinnen und Bürger
werden schon alsbald traurige
Realität sein. Das Schiff Polizei
wird dann nicht mehr so leicht
flott und ins fahrbare Gewässer
zu steuern sein, wenn es erst
einmal richtig festgelaufen
wurde.

josch

TERMIN

Die Kreisgruppe PP Stuttgart
führt ihre JHV 2007 am Dienstag,
dem 12. Juni 2007, 13.30 Uhr, im
Restaurant „Blick Solitude“, So-
litudenstr. 121, 70499 Stuttgart-
Wolfsbusch, durch. Die Mitglie-
derinnen und Mitglieder sind da-
zu herzlich eingeladen. **W.B.**

REDAKTIONSSCHLUSS

Bitte beachten:
Der Redaktionsschluss für das
Landesjournal Baden-Würt-
temberg im **Juni 2007** ist Mon-
tag, der **7. Mai 2007**, und für die
Juli-Ausgabe 2007, Freitag, der
8. Juni 2007.



Ausgabe:
Landesbezirk Baden-Württemberg

GdP-Geschäftsstelle:
Maybachstraße 2, 71735 Eberdingen
Telefon (0 70 42) 8 79-0
Telefax: (0 70 42) 8 79-2 11
E-Mail-Adresse:
info@gdp-bw.de
Internet: http://www.gdp-bw.de

Sozialwerk der Polizei:
Telefon: (0 70 42) 8 79-0
Telefax: (0 70 42) 8 79-2 22
E-Mail-Adresse:
Info@psw-reisen.com
Internet: http://www.psw-reisen.com

Redaktion:
Wolfgang Schmidt (Vi.S.d.R.)
Weißensteiner Straße 79
73525 Schwäbisch Gmünd
privat: (0 71 71) 6 13 85
Telefax: (0 71 71) 6 95 26
Handy-Nr.: 01 71/2 26 61 63
E-Mail: wschmi@t-online.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Anzeigenleiter: Daniel Dias
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 29
vom 1. Januar 2005

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6381

Es ist wieder soweit!

Auf geht's zur

14. GdP-Kinder- u. Jugendfreizeit der Jungen Gruppe (GdP)

Landesbezirk Baden-Württemberg

Wann:
in der ersten Woche der Sommerferien
von Fr. 27. 7. – 3. 8. 2007

Wo:
Zeltlager in Markelfingen (am Bodensee)

Preis: 140 Euro für GdP-Mitglieder und
190 Euro für Nichtmitglieder

Für wen: Kinder zwischen 7 und 14 Jahren



Anmeldeunterlagen anfordern bei
Melanie Nehls unter Melanie.Nehls@polizei.bwl.de
Handy 01 74/9 29 82 86 oder downloaden unter www.gdp-bw.de

BESUCH

GdP vor Ort!

Josef Schneider bei der Polizeidirektion Rastatt/Baden-Baden!

Im Vorfeld der angekündigten Evaluation der Verwaltungsreform informierte sich der GdP-Landesvorsitzende Josef Schneider zusammen mit den GdP-Kollegen Paul Haussman und Norbert Schreiner bei der Leitung der PD Rastatt/Baden-Baden. Die beiden Polizeidirektionen in Rastatt und Baden-Baden wurden durch die Verwaltungsreform zusammengelegt. In die neu gebildete PD wurde dazu das Autobahnpolizeirevier Bühl eingegliedert. Diese Zusammenführung von Kolleginnen und Kollegen aus drei unterschiedlichen Beurteilungsbereichen führte nach den Erfahrungen des PD-Leiters Wintermantel zu sehr deutlichen Problemstellungen, die durch die Verschiebung der Regelbeurteilungen noch verstärkt wurden. Hier hätte sicher eine Ausnahmeregelung für die zusammengelegte Polizeidirektion gefunden werden können – z. B. durch „Anlassbeurteilungen“ für alle.

Obwohl die Zusammenlegung der beiden PDen nach der Einschätzung von Herrn Wintermantel durchaus Sinn macht, wird es sicher noch einige Zeit dauern, bis die Zusammenlegung „in den Köpfen“ angekommen ist. Dass die Leitung der PD Rastatt/Baden-Baden abgesetzt von den operativen Polizeidienststellen untergebracht ist, verursacht in der täglichen Arbeit gewisse Probleme. Abhilfe scheint sich allerdings abzuzeichnen.

Völlig unzureichende Unterbringung

Kollege Norbert Schreiner thematisierte in dem Gespräch



V. l. n. r.: Norbert Schreiner, Josef Schneider, Leiter der PD KD Wintermantel, Paul Haussmann und PD Christ, LFEST

mit dem Leiter der PD, an dem auch der LFEST Christ teilgenommen hat, auch die völlig unzureichende Unterbringung des

APrev Bühl. Wenn nicht Wunder geschehen, wird im Zusammenhang mit dem Neubau der Autobahnraststätte Baden-Ba-

den eine große Chance für eine zufriedenstellende Lösung ver-

tan. *josch*

NACHRUF



Wir trauern um Kurt Henselmann

Kurz vor Ostern erreichte uns die Nachricht, dass der ehemalige stellvertretende Landesvorsitzende (1984–1988) Kurt Henselmann im Alter von 69 Jahren verstorben ist. Kurt Henselmann ist vielen Kolleginnen und Kollegen, die bei der 4. BPA in Lahr ausgebildet wurden, als hilfsbereiter, verlässlicher und immer freundlicher Kollege bekannt. Viele Kolleginnen und Kollegen haben über Kurt Henselmann den Weg in die GdP gefunden.

Kurt Henselmann war seit seinem Eintritt in die Polizei im Jahr 1959 Mitglied in der GdP. Von 1973 bis 1987 war er Vorsitzender der Kreisgruppe bei der 4. BPA in Lahr. Von 1981 bis 1984 vertrat er als Beisitzer im Landesvorstand des GdP-Landesbezirks die Belange der Bereitschaftspolizei. Der Delegiertentag 1984 in Konstanz wählte ihn zum stellvertretenden Landesvorsitzenden.

Kurt Henselmann wurde mit der Ehrennadel des GdP-Landesbezirks Baden-Württemberg für besondere Verdienste ausgezeichnet. Von seiner Kreisgruppe wurde er nach seinem Ausscheiden zum Ehrenvorsitzenden gewählt.

Viele Jahre überzeugte Kurt Henselmann durch aktive Arbeit in den Personalräten der Bereitschaftspolizei, unter anderem als Vorsitzender im örtlichen Personalrat der 4. BPA und als Vorsitzender des Bezirkspersonalrats beim BPP.

Wir werden Kurt Henselmann ein ehrendes Gedenken bewahren.

Tarifrecht – kein Buch mit sieben Siegeln

Von Elke Seeberger

In der Zeit vom 12. bis 14. März 2007 fand an der Akademie der Polizei in Wertheim ein Tarifseminar statt, zu dem sich 25 Teilnehmer und Teilnehmerinnen einfanden. Als Referenten waren Christina Falk, Rüdiger Seidenspinner und Dagmar Hölzl anwesend.

Zur Einführung referierte Rüdiger Seidenspinner über die Grundzüge des Tarifvertrages und über die Rolle der Gewerkschaften. Tarifverträge sind rechtsverbindliche Regelungen, Gewerkschaften demokratische Vereinigungen von Arbeitnehmern, die sich freiwillig und auf Dauer zusammengeschlossen haben und sich zum Streik als letztem Kampfmittel bekennen.

Im Anschluss erläuterte Christina Falk den neuen Tarifvertrag für die Länder, den TV-L, den 14 Bundesländer unterzeichnet haben.

Er ist am 1. November 2006 in Kraft getreten und gilt modifiziert für die Länder, den Bund und die Kommunen. Lediglich Berlin und Hessen, die aus der TdL ausgetreten sind, müssen für ihre Beschäftigten eigene Verhandlungen führen.

Im Folgenden soll insbesondere auf die Neuerungen und Änderungen zum BAT hingewiesen werden.

Nebentätigkeit

Neu geregelt im TV-L ist die Nebentätigkeit. Diese ist nur noch anzeigepflichtig, d. h. es muss dem Arbeitgeber lediglich das „Wo“ und „Was“ mitgeteilt werden. Es besteht keine Analogie mehr zum Beamtenrecht. Die Nebentätigkeit ist auch nicht mehr zentral auf ein Achtel der wöchentlichen Arbeitszeit begrenzt.

Qualifizierung

Ebenfalls neu geregelt ist die Qualifizierung in § 5 TV-L. Es besteht zwar kein Anspruch auf Qualifizierung, aber ein Anspruch auf ein Qualifizierungsgespräch in Baden-Württemberg in Anlehnung an das Mitarbeitergespräch. Hierfür ist eine Dienstvereinbarung erforderlich, so hat es der Ministerrat beschlossen.

Altersteilzeit

Für in Altersteilzeit befindliche Arbeitnehmer und -innen bleibt Berechnungsgrundlage die 38,5-Stunden-Woche und zwar so lange, bis sich die neue Arbeitszeit über die gesamte Laufzeit des Altersteilzeitverhältnisses angepasst hat. Zugrunde gelegt wird die Arbeitszeit, die über die Dauer von zwei Jahren erbracht wurde.

Altersteilzeit ist in Baden-Württemberg nach derzeitigen Bedingungen noch bis Ende 2008 möglich, das Entgelt während der Altersteilzeit beträgt 83 Prozent des letzten Nettoentgelts. Der von der Agentur für Arbeit bezahlte Aufstockungsbetrag in Höhe von 20 Prozent für die Arbeitgeber läuft 2010 aus, wenn nicht nachverhandelt wird. Altersteilzeit ist gesetzlich auf 5 Prozent der Beschäftigten begrenzt.

Schutz der Beschäftigten vor Diskriminierung

Zu Beginn des zweiten Tages referierte Dagmar Hölzl über das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG).

Sie führte aus, dass EU-Richtlinien umzusetzen waren. Diese sind die Antirassismusrichtlinien, Rahmenrichtlinien für die Gleichbehandlung im Beruf und Gender-Richtlinien, die die Geschlechtsneutralität festlegen.



Elke Seeberger

Ziel soll der Schutz der Beschäftigten vor Diskriminierung sein. Er gilt im Arbeitsrecht für Einstellung, Beschäftigungs- und Arbeitsbedingungen einschließlich des Arbeitsentgelts und des beruflichen Aufstiegs. Keine Anwendung finden die Gender-Richtlinien auf die Kündigung, hier gilt der allgemeine Kündigungsschutz.

Die im AGG aufgeführten Merkmale sind ausschließlich Religion, Weltanschauung, Rasse, ethnische Minderheit, Behinderung, Alter und sexuelle Identität.

Rechtsfolgen bei Verstößen sind zum ersten die Beschwerde. Hierfür muss eine dienstliche Beschwerdestelle eingerichtet werden. Die Beschwerde muss spätestens zwei Monate nach einem entsprechenden Vorfall geltendgemacht werden. Innerhalb von drei Monaten ist eine Klage vor dem Arbeitsgericht oder vor dem Verwaltungsgericht möglich.

Weiter ging's anschließend mit dem neuen TV-L.

Arbeitszeitkonten/ Arbeitszeitkorridore

Christina Falk erläuterte, dass über Arbeitszeitkonten und Arbeitszeitkorridore Dienstvereinbarungen abgeschlossen werden müssen. Bei überdurchschnittlicher Leistung ist ein be-

schleunigter Stufenaufstieg möglich, ebenso bei unterdurchschnittlicher Leistung eine Stufenhemmung. Diese muss allerdings jährlich von einer paritätisch besetzten Kommission überprüft werden.

Sonderurlaub

Sonderurlaub wird definiert als schädliche Unterbrechung. Nach Inanspruchnahme von Sonderurlaub fallen die bei der Überleitung gewährten Besitzstandszulagen weg.

Höhergruppierungen

Bei Höhergruppierungen muss mindestens das bisherige Entgelt erzielt werden, zusätzlich in den Entgeltgruppen 1 bis 8 ein Garantiebetrag von 25 Euro und in den Entgeltgruppen 9 bis 15 jeweils 50 Euro.

Leistungsentgelt

Ab dem Jahr 2007 wird beginnend mit 1 Prozent ein Leistungsentgelt bezahlt. Da in diesem Jahr noch kein Tarifvertrag abgeschlossen ist, erhalten alle Beschäftigten im Monat Dezember 12 Prozent der durchschnittlichen Bezüge des Monats September als Leistungsentgelt ausbezahlt. Bei der Berechnung nicht berücksichtigt werden Abfindungen, Leistungsentgelte, Einmalzahlungen, unständige Entgeltbestandteile und Jahressonderzuwendungen.

Entgeltfortzahlung

Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall wird für alle Beschäftigten einheitlich für die Dauer von sechs Wochen bezahlt. Ab der siebten Woche gibt es Krankengeld. Vom Arbeitgeber wird hierfür, abhängig vom

SEMINAR

Zeitpunkt der Einstellung und der Beschäftigungsdauer ein Zuschuss längstens bis zur 39. Woche bezahlt. Für diejenigen, die bis zum 30. Juni 1994 eingestellt wurden, orientiert sich der Zuschuss am Nettoentgelt, wer ab dem 1. Juli 1994 eingestellt wurde, erhält einen Zuschuss zum Bruttoentgelt, von dem dann noch Sozialversicherungsbeiträge abgezogen werden.

nung abgeschlossen wurde, gilt das Eingruppierungsrecht des BAT weiter.

Als sich dann das Seminar zeitlich dem Ende zuneigte, tauchten immer neue Fragen auf und viele blieben unbeantwortet. Mit der Erkenntnis im Hintergrund, ein Buch mit sieben Siegeln aufgeschlagen und entwirrt zu haben, endete die informative und spannende Veranstaltung.

Elke Seeberger

Überleitung

Anhand von Beispielen erläuterte Christina Falk am dritten Seminartag die Überleitung der Angestellten und Arbeiter in den neuen TV-L. Sie informierte über Besitzstände, über Bewährungszulagen, Vergütungsgruppenzulagen, Leistungszulagen und Funktionszulagen. Da bislang noch keine neue Entgeltord-



GdP-Frauen auf dem 2. Arbeitnehmerinnenempfang
Am Samstag, dem 3. März, fand der gemeinsame Arbeitnehmerinnenempfang von DGB und Mitgliedsgewerkschaften in der IG-Metall-Verwaltungsstelle Stuttgart statt. 150 Frauen aus ganz Baden-Württemberg waren gekommen, um anlässlich des internationalen Frauentags am 8. März zu feiern, aber auch um über die aktuelle politische Diskussion zur Rente mit 67, Gesundheitsreform und Kinderbetreuung zu diskutieren. Unser Bild zeigt v. l. n. r. die GdP-Kolleginnen Rita Henn, Laura Melilli, Elke Runow, Dagmar Hölzl.

SCHULUNGEN

GdP schult Personalräte zum Chancengleichheitsgesetz

Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, dass selbst GdP-Personalräte noch unsicher sind im Umgang mit den an den Dienststellen gewählten und bestellten Beauftragten für Chancengleichheit. Da es aber in der heutigen Zeit immer wichtiger wird, gemeinsam an einem Strang zu ziehen und Ressourcen zu bündeln, hat sich die GdP Landesbezirk Baden-

Württemberg dazu entschlossen, in seine Seminare „Grundschulung für Personalräte“ auch ein Modul über das Chancengleichheitsgesetz und die Befugnisse für Chancengleichheit (BfC) aufzunehmen.

So können sich die Personalräte ausführlich über die Rechtsstellung der BfC informieren und Möglichkeiten der Zusammenarbeit erörtern.

Hierzu gibt auch ganz konkret das LPVG (Landespersonalvertretungsrecht) Hilfestellung.

Zusammen mit der Ausbildung von Ansprechpersonen für Schwerbehinderte in den Kreisgruppen und der geplanten Beschulung von Beauftragten für Chancengleichheit im Frühjahr 2008 soll das Informationsangebot von GdP-Mitgliedern in besonderen Funktionen weiter

ausgebaut werden. Jedes Mitglied der GdP erhält in seiner/ihrer besonderen Situation Unterstützung, Informationen und Hilfe. Gerne nehmen wir Anregungen zum Ausbau unseres Zielgruppenangebots entgegen oder vermittelt Ansprechpersonen bei besonderen Fragestellungen.

Dagmar Hölzl

POLIZEIBALL

KG Reutlingen

Am Samstag, dem 12. Mai 2007, findet in der Friedrich-List-Halle in Reutlingen der Polizeiball der Kreisgruppe Reutlingen statt. Beginn ist um 20 Uhr. Karten können bei der Kreis-

gruppe erworben werden. Der Polizeiball steht unter dem Motto „Las Vegas“ und bietet den Besuchern ein tolles Programm. Die Kreisgruppe würde sich über einen starken Besuch sehr freuen.

TERMINE

KG Heilbronn

Der nächste Stammtisch für Senioren der GdP-KG Heilbronn findet am Montag, dem 14. Mai 2007, um 14.30 Uhr in der gemeinsamen Kantine Finanzamt und Polizeidirektion

Heilbronn, Moltkestraße, statt. Wir laden alle interessierten Seniorinnen und Senioren aus unserem Bereich herzlich ein.

Erich Weiß

Die GdP im Gespräch mit DirBP Mürder und seinem Stv. Ltd. PD Baumann

Von Hans-Jürgen Kirstein, stv. Landesvorsitzender

Der GdP-Landesvorsitzende, Josef Schneider, führte in Begleitung seines Stellvertreters, Hans-Jürgen Kirstein, und dem Kreisgruppenvorsitzenden, Uli Müller, welcher zugleich im GdP-Landesvorstand für die Bereitschaftspolizei zuständig ist, ein Informationsgespräch mit DirBP Mürder und seinem Stellvertreter Ltd. PD Baumann. In diesem Gespräch ging es vorrangig um Entwicklungsmöglichkeiten der Bereitschaftspolizei.

Insbesondere die dramatische Ausbildungssituation wurde erörtert und die Forderung eines Einstellungskorridors bekräftigt. Diese Forderung hatte die GdP bereits 1997 in ihrem Positionspapier aufgestellt. Leider wurden diese Hinweise bzw. Warnungen von der Politik ignoriert und wir müssen jetzt mit den Folgen zurechtkommen.

Einstellungszahlen wurden drastisch nach unten gesenkt!

Anstelle einer kontinuierlichen Planung für die Polizei,

wurden die Einstellungszahlen drastisch nach unten gesenkt mit der Folge, dass im nächsten Jahrzehnt aufgrund der Pensionierungswelle phasenweise über 1000 Einstellungen pro Jahr erfolgen müssen. Damit stößt man klar an Kapazitätsgrenzen und gefährdet die Qualität der Polizei.

Besser für Planung und für den Einsatz der notwendigen Lehrkräfte wäre es, schnell einen Einstellungskorridor von 850 bis 950 Einstellungen pro Jahr festzuschreiben. Für das Personal ist die ständige Unsicherheit in der Planung eine sehr belastende Situation.

Belastung der Einsatzabteilungen

Ein weiteres Thema war die immense Belastung der Einsatzabteilungen. Die GdP teilt die Auffassung der Bereitschaftspolizei, dass die baden-württembergische Lösung, Ausbildung und Einsatz unter einem Dach, sich als äußerst sinnvoll herausgestellt hat. Beide Seiten profitieren hier voneinander und durch die gemeinsame Organisation ergeben sich Synergieeffekte.

Einzelnen Stimmen, die ab und zu laut werden mit der Forderung, die Einsatzabteilungen zu reduzieren oder gar aufzulösen, widerspricht die GdP energisch. Bei weitem nicht jede Dienstgruppe im Lande würde davon profitieren und die Alarmhundertschaften müssten deutlich mehr Großeinsätze bestreiten. Die daraus resultierenden Mehrstunden würden dazu



Hans-Jürgen Kirstein

führen, dass die Kollegen nicht nur während der Einsatzphase in der Polizeipräsenz fehlen, sondern auch ein zweites Mal, wenn die Mehrarbeitsstunden dann abgebaut werden müssen.

Es gibt keine Alternativen zu den geschlossenen Einheiten

Für die GdP ist klar, dass es keine Alternativen zu den geschlossenen Einheiten der Bereitschaftspolizei gibt. Die Unterstützung war noch nie so intensiv wie zurzeit. Dieser Qualitätsstandard sollte erhalten bleiben und nicht der „Sparwut“ zum Opfer fallen.

H.-J.



Die Gesprächsteilnehmer, v. l. n. r.: Ltd. PD Baumann, DirBP Mürder, Josef Schneider und Hans-Jürgen Kirstein.

Anzeige

Tauschpartner aus Baden-Württemberg gesucht!
PK, gD, aus Nordrhein-Westfalen, z. Zt. tätig in Bonn, sucht eine(n) Tauschpartner/in aus Baden-Württemberg. Gerne ist auch ein Ringtausch möglich.
Telefon: 01 51/11 21 35 57 (privat)
o. 02 28/15 39 13 (dienstlich)
Meldet euch!



Krönungsmesse

W.A. Mozart: Missa C-Dur, KV 317

im Salzburger Dom vom 29.06. - 01.07.2007

Leistungen:

- ☉ Fahrt in modernen Reisebus ab Karlsruhe über Stuttgart (andere Zustiegemöglichkeiten auf Anfrage)
- ☉ 2 Übernachtungen in einem 4-Sterne Hotel mit Frühstücksbuffet und Halbpension
- ☉ 1 x Eintritt zum Mozart-Konzert „Die Krönungsmesse“ im Salzburger Dom
- ☉ 1 x Eintritt für die Wasserspiele im Schloss Hellbrunn
- ☉ 3-stündige Stadtführung mit örtlichem Stadtführer

Reisepreis pro Person € 325.-

Einzelzimmerzuschlag € 80.-



Umbrien

Vom 11.09.-16.09.2007

Busfahrt ab/bis Stuttgart und Karlsruhe

Leistungen:

- ☉ 4 Übernachtungen mit Halbpension im 4* Hotel Gio `Arte e Vini.
 - 1 Übernachtung mit Frühstücksbuffet
 - 1 Begrüßungsdrink
 - 2-stündige Führung in Perugia
 - 2-stündige Führung in Assisi
 - Ganztagesausflug nach Gubbio, Spoleto und Todi
 - 2-stündige Führung in Orvieto und Weinprobe mit kleinem Imbiss
 - 2-stündige Führung in Siena; Abendessen in Siena

Mindestteilnehmerzahl: 25 Personen

Anmeldeschluss: 15.06.2007

Reisepreis pro Person im DZ € 605.-

Reisepreis pro Person im EZ € 705.-



Mittelmeer-Kreuzfahrt

12 Tage Kreuzfahrt

bei Abreise im November 2007 bis April 2008

Spanien, Marokko und Atlantische Inseln mit der Costa Serena *****

Reisepreis pro Person in 2-Bett-Innenkabine ab € 699.-

12 Tage Kreuzfahrt

bei Abreise Januar bis April 2008

Griechenland, Ägypten und Zypern mit der Costa Concordia *****

Reisepreis pro Person in 2-Bett-Innenkabine ab € 699.-

GdP-Mitglieder erhalten auf diese Reise einen Rabatt von 5%.

Nähere Informationen und Reiseausschreibung bei:



PSW-Reisen
DIE WELT EROBERN

PSW-Reisen GbR
Christa + Björn Schmidt GbR
Maybachstr. 2 · 71735 Eberdingen
Tel.: 07042-879 223, 224 und 225
Fax: 07042-879 222
www.psw-gbr.de
info@psw-gbr.de

Vorbereitet in den Ruhestand

Gewerkschaft der Polizei, Landesbezirk Baden-Württemberg, bot interessante Informationen zum Aktivprogramm für Senioren (APS).

Zum dritten Seminar „Vorbereitung auf den Ruhestand“, das der Landesbezirk vom 7.–9. November 2006 in die Akademie der Polizei, Außenstelle Wertheim, eingeladen hatte, waren 14 Kollegen angereist. Die meisten von ihnen nutzten das Angebot, auch die Ehefrau an diesem Seminar teilnehmen zu lassen. Nicht nur für den künftigen Pensionär bringt der neue Lebensabschnitt einschneidende Veränderungen. Auch die Familie und insbesondere die Ehefrau muss sich auf eine neue Situation einstellen. Veränderungen im allgemeinen Tagesablauf der Familie sind die eine Seite, Fragen

der Altersvorsorge, der Gesundheit und der gesellschaftlichen Veränderung die andere. Seit drei Jahren bietet der Landesbezirk mit seinem Seminar interessierten Kolleginnen und Kollegen ein ganzes Themenbündel an, das sich mit dem Leben nach der aktiven Dienstzeit befasst.

Seminarleiter war Günter Cramer, Vorsitzender des Landesseniorenvorstandes. Er hatte an einer speziellen Schulung als Mentor des APS-Programms der GdP (Aktivprogramm für Senioren) auf Bundesebene teilgenommen. APS bedeutet vor allem auch „Ansprechpartner für Senioren“ machte er deutlich und warb dafür, dass sich aus dem Kreise der Seminarteilnehmer Kollegen finden, die bereit sind, sich künftig in die Seniorenarbeit der GdP einzubringen. Über „Richtige Ernährung und

Bewegung im Alter“ referierte Prof. Dr. med. Franz-Josef Große-Ruyken aus Freiburg. In seinem kurzweiligen Vortrag sprach er über Wichtigkeit des „Gehirn-Joggings“ und des Sports als Heilmittel für die körperliche Gesundheit beim Älterwerden.

Einen umfassenden Einblick in das Erbrecht vermittelte die Leiterin der Rechtsabteilung des Landesbezirks, Rechtsanwältin Sandra Damm. Ihr gelang, das eigentlich eher trockene Thema verständlich zu erläutern und ihre Zuhörer folgten sehr aufmerksam ihren Ausführungen.

Ulrich Trautmann, Bezirksvertrauensperson der Schwerbehinderten der Polizei im Regierungspräsidium Stuttgart, informierte über die Wichtigkeit, frühzeitig in entsprechenden Vollmachten eine Person des Vertrauens zu be-

nennen, die im Notfall erforderliche Rechtsgeschäfte tätigen kann. Schlagworte wie Patientenverfügung, Vorsorgevollmacht, Betreuungsverfügung und Generalvollmacht seien hier genannt.

Für den GdP-Partner Signalversicherungen stellte Manfred Eichert die besonderen Angebote seiner Institution für GdP-Mitglieder vor.

Am Ende des Seminars, für dessen reibungslose organisatorische Abwicklung Erwin Müller vom Landesseniorenvorstand sorgte, waren sich alle Teilnehmer einig, viel Wissenswertes für den bevorstehenden neuen Lebensabschnitt mit nach Hause zu nehmen. Dass neben der sachlichen Information auch ein kultureller Teil in Form einer sehr informativen Stadtführung durch Wertheim und einer abendlichen Weinprobe das Seminar begleitete, wurde von den Kollegen und ihren begleitenden Ehefrauen dankbar aufgenommen.

Peter Schmidt

DAS KEHLER MODELL

In der Ausgabe des Landesjournals Baden-Württemberg im April 2007 stellte der stv. Landesvorsitzende Rüdiger Seidenspinner das flexibles Arbeitszeitmodell „Das Kehler Modell“ vor. Irrtümlich wurde der gesamte Bericht mit der Unterschrift von Rüdiger Seidenspinner versehen. Rüdiger Seidenspinner ist für das Vorwort und die „Spielregeln“ verantwortlich. Die Landesredaktion kommt gerne dem Wunsch nach, auch die anderen Autoren, die Kollegen Matthias Manßhardt, Joachim Mätz und Andreas Mang vom Polizeirevier Kehl zu erwähnen.

Fragen zum „Kehler Modell“ bitte an diese Kollegen unter der Telefonnummer: 0 78 51/89 30 richten.